



## **NEWSLETTER HERBST 2018**

### **1. Neuigkeiten zum Thema Steuern**

#### **Gesetz vom 10. August 2018 für einen Staat, der einer Trusted Society dient**

Das neue Gesetz führt steuerliche Maßnahmen zugunsten von Bona-fide-Steuerzahlern ein und führt ein Recht auf Fehler und eine Senkung von Verzugszinsen im Falle einer spontanen Regularisierung ein. Die Garantien der Steuerzahler werden durch die Durchsetzbarkeit der mangelnden Deckung unter bestimmten Bedingungen verstärkt. Ziel der Maßnahmen ist es, ein neues Vertrauensverhältnis zu den Unternehmen aufzubauen.

Im Falle einer spontanen Berichtigung vor der Überprüfung eines Deklarationsfehlers werden die Verzugszinsen um die Hälfte reduziert (0,1% pro Monat oder 1,2% pro Jahr), wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind :

- Fehler oder Auslassungen in gutem Glauben
- Rechtzeitig abgegebene Erklärung
- Spontane Abgabe einer Änderungserklärung vor Ablauf der Wiedereinziehungsfrist
- Zahlung der Gebühren

Das Gesetz sieht auch eine Ausweitung des Verfahrens der spontanen Regularisierung für Buchhaltungsaudits und -prüfungen vor, die nun für Dokumentenprüfungen und Prüfungen des persönlichen Steuerstatus gelten.

Die Verzugszinsen werden um 30% reduziert (0,14% pro Monat oder 1,68% pro Jahr), wenn der Steuerpflichtige Fehler, Auslassungen, Ungenauigkeiten oder Mängel, die in gutem Glauben in den unterschriebenen Erklärungen abgegeben wurden, rechtzeitig korrigiert.

Die Anwendung der Kürzung erfordert die Einreichung einer Änderungserklärung innerhalb von 30 Tagen ab dem Antrag auf Berichtigung und die Zahlung der Gebühren und Verzugszinsen bei Einreichung der Erklärung oder zu dem in der Steuererklärung angegebenen Zeitpunkt. Eine weitere Neuerung betrifft die Einführung eines Plans zur Entrichtung der Gebühren.

Spontane Regularisierung erlaubt nur die Reduzierung von Verzugszinsen. Eine Ermäßigung von Geldbußen und Strafen werden nur bei der Regularisierung von fehlender Vorlage bestimmter Dokumente (Tabelle der Rückstellungen, Aufstellung der allgemeinen Kosten, Aufstellungen der eingegliederten Gruppen, Aufstellung und Aufzeichnungen der gestundeten Kapitalgewinne, Darstellung des Verlaufs der Kapitalverluste, und der Kapitalgewinne bei Verlagerung ins Ausland). In diesen Fällen wird das Strafgeld (5% und 1%, wenn die Beträge absetzbar sind) gelöscht unter der Voraussetzung, dass es sich um die erste Straftat des Jahres und der letzten 3 Jahre handelt und dass die Regularisierung spontan geleistet wird oder bei der ersten Anfrage vor dem Ende des Jahres, das



Partner Treuhand France

dem Jahr folgt, in dem das Dokument eingereicht werden sollte. Die Maßnahme gilt für Erklärungen, die nach dem 11. August 2018 eingereicht werden. Was die Meldungen zu Provisionen, Maklercourtage und Honorargebühren betrifft, wird ein Erlass von 50% der Geldstrafe gewährt, wenn es sich um die Regularisierung eines ersten Vergehens handelt.

Im Falle des Ausbleibens einer Steuerberichtigung profitiert der Steuerpflichtige unter bestimmten Bedingungen von einer Steuergarantie, die einer stillschweigenden Bestätigung der Steuerbehörde aller Punkte entspricht, die während der Kontrolle geprüft und nicht berichtigt wurden. Diese Garantie gilt für einen anderen Zeitraum und / oder eine andere Steuer. Die Einwendbarkeit einer ausbleibenden Steuerberichtigung betrifft die nicht rektifizierten Kontrollpunkte, zu denen die Steuerbehörde Stellung genommen hat, d.h. die vom Prüfer ausdrücklich erwähnten Punkte zum Berichtigungsvorschlag oder zum Bescheid einer Nichtberichtigung vorausgesetzt der Steuerpflichtige handelt in gutem Glauben und die Steuerbehörde konnte in voller Kenntnis der Sachlage Stellung nehmen. Die Garantie tritt für Kontrollen in Kraft, für die ab dem 1. Januar 2019 Mitteilungen verschickt werden.

Die neuen Bestimmungen enthalten auch die Möglichkeit, während der Kontrolle eine formelle Stellungnahme zu erhalten (Rescript Control), die der Steuerverwaltung entgegengehalten werden kann, ohne dass eine nachträgliche Erhöhung auf einer anderen Auslegung beruhen könnte. Das Verfahren erfordert einen genauen und vollständigen schriftlichen Antrag eines Steuerpflichtigen in gutem Glauben, der die während des Kontrollverfahrens geprüften und keiner Berichtigung unterlegenen Punkte angibt. Dieser Antrag muss vor dem Absenden des Berichtigungsvorschlags eingereicht werden. Die Positionserklärung muss ausdrücklich sein und der Prüfer kann eine Stellungnahme verweigern.

Das Gesetz sieht auch einen Mechanismus vor, der es der Steuerbehörde ermöglicht, die Übereinstimmung von Transaktionen mit Steuervorschriften zu prüfen und auf Antrag der Unternehmen formell Stellung zu ihrer Umsetzung zu nehmen. In einer Verordnung werden die Modalitäten der Begleitung durch die Verwaltung und die Kriterien festgelegt, die es ermöglichen die Unternehmen, die von dieser Regelung profitieren können, zu definieren.

Die Dauer der Kontrollen von KMU (Mitarbeiterzahl <250 und Umsatz <50 Mio. EUR) wird über einen Zeitraum von 3 Jahren auf 9 Monate begrenzt, was alle Kontrollen der Verwaltungen betrifft (Steuerkontrollen, Sozialbeiträge (URSSAF), Betrugsbekämpfung...)

### **Kassensoftware**

Die Compliance - Verpflichtung der Kassensoftware kann durch ein Zertifikat einer von der COFRAC (Nationale Akkreditierungsbehörde) akkreditierten Organisation (AFNOR, LNE) oder durch ein individuelles Zertifikat, das vom Software - Herausgeber gemäß einem Modell der Steuerverwaltung ausgestellt wird, nachgewiesen werden. Die neue Regelung betrifft alle Software, die unabhängig von der Softwarequalifikation (Kasse, Buchhaltung oder Verwaltung) die Kassenfunktion berücksichtigt. Eine Freistellung wird gewährt, wenn alle erhaltenen Zahlungen über ein Kreditinstitut, bei dem die Verwaltung ihr Kommunikationsrecht ausüben kann, oder über ein in einem EU-Mitgliedstaat ansässigen Bankinstitut, das der Informationsaustauschpflicht unterliegt, abgewickelt werden.



Gemäß der neuen Version der Anweisung vom 4. Juli diesen Jahres ist eine Kassensoftware oder ein Kassensystem ein Computersystem, das mit einer Kassenfunktionalität ausgestattet ist, die darin besteht, Zahlungen, die als Gegenleistung für einen Warenverkauf oder die Erbringung von Dienstleistungen erhalten wurden, außer buchhalterisch zu speichern. Infolgedessen sind "E-Commerce" - und "Marketplace"-Websites sind von dieser Regelung nicht ausgenommen, sofern sie Verkäufe an Privatpersonen tätigen und diese Tätigkeit der Mehrwertsteuer unterliegt.

### **Quellensteuer: Regelung für das Übergangsjahr**

Die Regierung hat eine neue Reihe von Kommentaren zum "Weißen Jahr" 2018 veröffentlicht.

Im Jahr 2018 wird die Einkommensteuer (IR) auf das Einkommen von 2017 gezahlt, während 2019 die Einkommenssteuer anhand des Einkommens von 2019 berechnet wird. Die Steuer, die normalerweise für nicht außergewöhnliche Erträge im Jahr 2018 zu zahlen ist wird durch die Gewährung einer außerordentlichen Steuergutschrift (Steuergutschrift zur Modernisierung des Steuereinzugs) aufgehoben.

Zu den außergewöhnlichen Einkünften, die für das Jahr 2018 besteuert werden, gehören folgende Vergütungen:

1. Abfindungszahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses (für den steuerpflichtigen Teil), mit Ausnahme von Abfindungszahlungen bei befristeten Verträgen oder Missionen
2. Abfindungsleistungen für Sonderbeauftragte und Führungskräfte
3. Entschädigungen für Kundenstamm und Geschäftsaufgabe
4. Entschädigungen, die für einen Wohn- oder Arbeitsortwechsel gezahlt werden.
5. Beträge, die im Zusammenhang mit der Gewinn- oder Erfolgsbeteiligung erhalten und nicht der Realisierung von Unternehmenssparplänen (PEE, PERCO) zugeführt oder von einem Sparplan abgezogen wurden, abgesehen von den rechtlichen Fällen der Freigabe
6. Monetarisierung von Rechten, die auf einem Zeitsparkonto für mehr als 10 Tage festgeschrieben sind.
7. Jedes andere Einkommen, das seiner Natur nach nicht jährlich erhoben werden kann oder in 2018 erhaltene Einnahmen, deren normales Fälligkeitsdatum sich auf ein anderes Jahr bezieht.

Die Boni, deren Zahlungsbedingungen und Berechnungsmethoden nicht im Arbeitsvertrag enthalten sind oder über darüber hinausgehen, was vertraglich vorgesehen ist, stellen ebenfalls ein außergewöhnliches Einkommen dar, außer es handelt sich um einen Bonus, der in der üblichen Weise gewährt und ausgezahlt wird.

Wenn die für den Monat Dezember 2018 fällige Vergütung im Dezember 2018 gezahlt wird, während der Arbeitgeber in der Regel die Methode des "Lohngefälles" anwendet (übliche Zahlung der Gehälter im Dezember 2018 im Januar 2019), stellen diese Vergütungen ebenfalls ein vorgezogenes Einkommen dar.

Die Besteuerung von außerordentlichen Erträgen liegt in der Verantwortung des Arbeitnehmers, ohne jegliche Verpflichtung seitens des Arbeitgebers. Im Falle einer Ungewissheit hinsichtlich der



Partner Treuhand France

steuerlichen Behandlung der Vergütungen 2018 im Jahr 2019 kann der Arbeitgeber auf ein Reskriptverfahren zurückgreifen. Eine fehlende Antwort innerhalb von 3 Monaten gilt als Akzeptanz.

Für das Einkommen von freiberuflichen Personen (BIC / BNC / BA) wird das außergewöhnliche Einkommen auf einer Mehrjahresbasis anhand eines Vergleichs zwischen dem im Jahr 2018 erzielten Gewinn und dem in den Jahren 2015, 2016 und 2017 (der höchste der drei) und dem folgenden Jahr 2019 realisierten Gewinn ermittelt.

Das Einkommen der Führungskräfte wird ebenfalls auf einer Mehrjahresbasis ermittelt, wenn die Vergütung von einem vom Arbeitnehmer kontrollierten Unternehmen gezahlt wird.

In der Kategorie Immobilieneinnahmen umfassen außergewöhnliche Erträge Aufgelder, Erträge aus einer kostenlosen Lieferung von Gebäuden oder Verbesserungen durch den Vermieter, Subventionen zur Finanzierung von abzugsfähigen Kosten, Mietrückstände und Mietbeträge, die mehr als einer Jahresmiete entsprechen. Verschiedene Grundgebühren im Zusammenhang mit außergewöhnlichen Arbeiten werden in Durchschnittshöhe zu den in den Jahren 2018 und 2019 ausgegebenen Beträgen abgezogen.

## **2. Soziale Neuigkeiten**

### **Verlängerung der Probezeit**

Nach einem Urteil des Kassationsgerichts vom 27. Juni 2018 ist die systematische Verlängerung der Probezeit missbräuchlich und stellt eine Entlassung ohne wirklichen und schwerwiegenden Grund dar.

### **Maßnahmen des Gesetzes n° 2018-771 vom 5. September 2018**

#### **Neuigkeit zum befristeten Vertrag**

Das Gesetz bietet die Möglichkeit, zur Ersetzung mehrerer Arbeitnehmer nur einen einzigen befristeten Vertrag zu schließen. Es handelt sich dabei um eine experimentelle Maßnahme (2019-2020) in bestimmten Bereichen, die noch festzulegen ist und deren Inkrafttreten der Veröffentlichung eines Dekrets unterliegt.

Bei saisonalen und üblichen befristeten Arbeitsverträgen von weniger als 1 Monat ermöglicht das Gesetz Nr. 2018-727 vom 10. August 2018 eine einmalige Lohnabrechnung, wenn der Vertrag zwei getrennte Monate umfasst.

#### **Beihilfen für den Lehrvertrag**

Anstelle der drei aktuell bestehenden Beihilfen, die sich jeweils nach der Zahl der Beschäftigten richten, sieht das Gesetz ab 01.01.2019 eine einzige Beihilfe vor, von der Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten profitieren werden. Diese Unterstützung betrifft die Verträge, die abgeschlossen



Partner Treuhand France

wurden, um ein Diplom oder einen Berufsabschluss vorzubereiten, die dem Abiturniveau entsprechen oder unter diesem Niveau liegen. Die Höhe und Art der Zahlung wird durch eine Durchführungsverordnung festgelegt

### **Unterbrechung des Ausbildungsvertrages**

Das Gesetz erleichtert die Unterbrechung von Ausbildungsverträgen, die nach dem 01. 01. 2019 abgeschlossen wurden. Wie bisher ist in den ersten 45 Tagen des Arbeitsverhältnisses eine freie Unterbrechung möglich. Nach Ablauf dieser Frist kann die vertragliche Verpflichtung in folgenden Fällen beendet werden:

- Einvernehmliche Beendigung
- Beendigung auf Initiative des Arbeitgebers im Falle von höherer Gewalt, schwerwiegendem Fehlverhalten, Arbeitsunfähigkeit: Entlassungsverfahren aus persönlichen Gründen
- Kündigung bei endgültigem Ausschluss aus dem Ausbildungszentrum
- Auf Initiative des Auszubildenden mit Ombudsverfahren und Unterschrift des gesetzlichen Vertreters, wenn es sich um einen minderjährigen Auszubildenden handelt.

### **3. Buchhaltungsnachrichten:**

#### **Entwurf eines Gesetzes über Vereinbarungen und Schwellenwerte für die Bestellung von Wirtschaftsprüfern:**

Der Entwurf des Gesetzes „Pacte“ über das Wachstum und den Wandel von Unternehmen führt neue Kontrollschwellen für Handelsunternehmen ein, d. h. (sobald zwei der Kriterien erfüllt sind):

- 4 Mio. EUR Bilanzsumme
- 8 Mio. EUR Umsatz
- 50 Mitarbeiter

Es sei daran erinnert, dass die Schwellen für die Bestellung von Wirtschaftsprüfern bisher für SARL, SNC und SCS bei 1,55 Mio EURO, 3,1 Mio. EUR und 50 Mitarbeiter, für die SAS bei 1 Mio. EUR, 2 Mio. EUR und 20 Mitarbeiter lagen. SAS, die zu einer Gruppe gehören, unterliegen ebenfalls dieser Regelung.

Diese Schwellenwerte sollten von nun an angewendet werden, vorbehaltlich etwaiger Änderungen während der Abstimmung des Gesetzes, wie die Einführung einer "juristischen Prüfung für Kleinunternehmen" (PE) und Übergangsmaßnahmen für Unternehmen, die diese Schwellenwerte bis zum Ende ihrer Amtszeit nicht überschreiten.

Für Konzerne führt der Gesetzentwurf eine Bestimmung ein, die Unternehmen, die andere Unternehmen kontrollieren, verpflichtet, einen Wirtschaftsprüfer zu benennen, sofern die von der Muttergesellschaft und ihren Tochtergesellschaften gebildete Gruppe die festgelegten Schwellenbestimmungen überschreitet, unabhängig von der Verpflichtung zur Erstellung konsolidierter Konten.



## **Arbeiten der Autorität der Rechnungslegungsstandards (ANC) bezüglich der französischen Rechnungslegungsgrundsätze**

Verschiedene Arbeiten zu Änderungen der Rechnungslegungsgrundsätze, Änderungen der Schätzungen und Fehlerkorrekturen, die für die Abschlüsse 2018 gelten sollten, sowie für die Bilanzierung der Quellensteuer, befinden sich derzeit im Genehmigungsverfahren.

Bis Ende 2018 stehen Regelungen für die Buchhaltung des gemeinnützigen Sektors (Verbände), politischer Parteien, spezialisierter Finanzierungsagenturen und die Rechnungslegung von Cryptoactives und ICO (Initial Coins Offering) an. Die Regierung möchte Frankreich in diesen Bereichen einen rechtlichen und steuerlichen Rahmen geben.

Der Entwurf des Gesetzes „Pacte“ sieht vor, die Token (als immaterielle Vermögenswerte) zu definieren und es Token-Emittenten zu ermöglichen, die Meinung der Autorität der Finanzmärkte (AMF) einzuholen.

Die Autorität der Rechnungslegungsstandards (ANC) arbeitet derzeit an der Art der Verpflichtung, sowohl auf der Emittentenseite mit der Anerkennung einer rückzahlbaren Schuld oder der Zusage einer Dienstleistung mit Prepaid-Produkten, als auch auf der Besitzerseite in Form eines immateriellen Vermögenswertes, der über seine Nutzungsdauer abschreibungsfähig ist.

Ein Projekt zur Vereinfachung der Rechnungslegung ist im Rahmen des Gesetzes „Pacte“ für Unternehmen mit einer globalen Bilanzsumme von 4 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR, einem Umsatz zwischen 8 Mio. EUR und 40 Mio. EUR, und einer Mitarbeiterzahl zwischen 50 und 250 ebenfalls vorgesehen. Gleichzeitig soll die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung vereinfacht werden und die Veröffentlichung der Konten in einer vereinfachten Darstellung der Bilanz und der Anlage erfolgen unter Vorbehalt der Veröffentlichung bestimmter Elemente, die die Stellungnahme des Wirtschaftsprüfers betreffen.

### **4. Weitere Neuigkeiten aus der Gesetzgebung**

#### **Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Mehrere Dekrete präzisieren im Rahmen der Umsetzung der DSGVO, die am 25. Mai 2018 in den EU - Mitgliedstaaten in Kraft getreten ist, ihre Anpassung an die französischen Regelungen, unter anderem in Bezug auf die Bedingungen für die Ernennung des Beauftragten für Datenschutz (DPO oder DPO). Der Gesetzgeber hat in Frankreich beschlossen, das Gesetz 78-17 vom 6. Januar 1978 (EDV- und Freiheits-Gesetz) beizubehalten und es an die DSGVO anzupassen.

Die Vor- und Nachnamen sowie die beruflichen Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen, des Unterauftragnehmers und des Datenschutzbeauftragten werden der französischen Datenschutzkommission (CNIL) unverzüglich auf elektronischem Wege mitgeteilt.



Partner Treuhand France

### **Barzahlungen :**

Der Betrag der Genehmigung für Barzahlungen wird am 1. Oktober 2018 auf 1000 € für Franzosen (3000 € für E-Geldzahlungen) und 10.000 € für Ausländer erhöht. Es sei darauf hingewiesen, dass der Betrag von 15.000 € für meldepflichtige Fachleute beibehalten wird. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung kann zu einer Strafe von 5% der betreffenden Beträge führen.

Gerne stehen wir für alle Fragen über diese Gesetzänderungen zur Verfügung.

Patrick Privat de Garilhe  
Commissaire aux comptes et conseil fiscal  
Associé / Partner  
Partner Treuhand France



17, rue Louis Guerin,  
69 100 Villeurbanne  
Tel 0033 (0)6 60 55 64 11  
Mail : [patrick.privat@partner-treuhand.fr](mailto:patrick.privat@partner-treuhand.fr)  
[www.partner-treuhand.fr](http://www.partner-treuhand.fr)